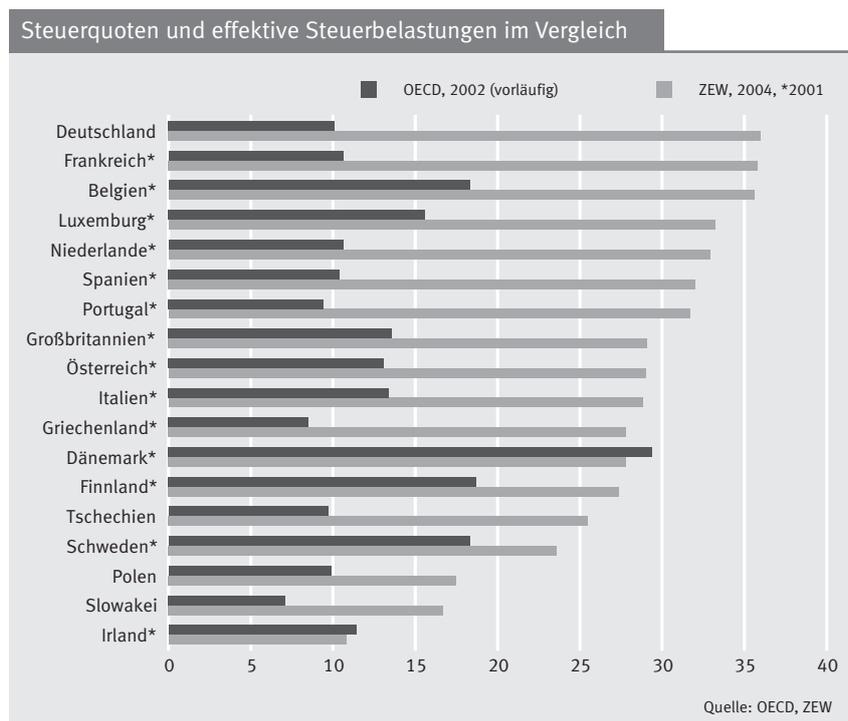


OECD-Steuerquoten ungeeignet zur Beurteilung von Investitionsstandorten

Nach den von der OECD seit Jahren regelmäßig veröffentlichten Ertragsteuerquoten rangiert Deutschland am unteren Ende der Belastungsskala. Analysen des ZEW haben indessen bereits mehrfach gezeigt, dass Unternehmensgewinne in Deutschland höher besteuert werden als in allen anderen OECD-Ländern. Dies gilt unverändert auch für das Jahr 2004.



In regelmäßigen Abständen ermittelt und veröffentlicht die OECD durchschnittliche Steuerquoten für ihre Mitglieder. Nach den vorläufigen Zahlen für das Jahr 2002 beträgt die Ertragsteuerquote in Deutschland 10,1 Prozent. Damit rangiert Deutschland im Vergleich zu allen anderen europäischen OECD-Mitgliedsstaaten am unteren Ende der

Belastungsskala. In Diskussionen über den Investitionsstandort Deutschland wird gerade diese niedrige Belastung häufig als Vorteil für den Investitionsstandort angeführt. Dagegen ermittelt das ZEW für Deutschland die im europäischen Vergleich höchste effektive Steuerbelastung von derzeit 36 Prozent. Die Grafik auf dieser Seite verdeutlicht die

eklatanten Unterschiede zwischen den beiden Maßgrößen.

Für die steuerliche Beurteilung eines Investitionsstandorts ist es notwendig, die zukünftige Steuerbelastung eines investitionswilligen Unternehmens zu quantifizieren. Aus Sicht der Unternehmen ist dazu in erster Linie die Gewinnsteuerbelastung die relevante Größe. Vordergründig ließe sich die steuerliche Standortattraktivität demnach anhand der Ertragsteuerquoten der OECD beurteilen, die das Ertragsteueraufkommen einer gesamten Volkswirtschaft (Einkommen- und Gewinnsteuern) auf das Bruttoinlandsprodukt beziehen. Allerdings haben diese allgemeinen aggregierten Größen kaum etwas mit konkreten Investitionsentscheidungen zu tun, weshalb die OECD selbst zu der Einschätzung kommt, dass diese Belastungskennziffern für zwischenstaatliche Standort-

IN DIESER AUSGABE

OECD-Steuerquoten ungeeignet zur Beurteilung von Investitionsstandorten	1
Stellenanzeige	2
Arbeitsmarktreform der 1980er Jahre: Frühverrentung stark gestiegen	3
Konjunktur bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft zieht an	4
Die Entscheidungsprozedur im EZB-Rat nach der EWU-Erweiterung	5
ZEW intern	6, 10
ZEW-Konferenz	7, 8, 9
Expertenseminare; Neuerscheinungen	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

vergleiche nur von begrenztem Nutzen sind. Insbesondere liegt dies daran, dass das gesamtwirtschaftliche Ertragsteueraufkommen von vielfältigen Faktoren bestimmt wird, die mit der Belastung von konkreten unternehmerischen Entscheidungen nichts gemein haben.

Die Wertschöpfung steuerbefreier Institutionen – wie beispielsweise staatliche Einrichtungen, Kirchen, Gewerkschaften und gemeinnützige Unternehmen – trägt erheblich zum Bruttoinlandsprodukt in Deutschland bei, wodurch die Steuerquote sinkt. Ebenso senken zahlreiche Subventionstatbestände rechnerisch die Steuereinnahmen, anstatt die Staatsausgaben zu erhöhen. Zudem muss ein niedriges Aufkommen keineswegs das Ergebnis einer moderaten Gesetzgebung sein. Vielmehr ist zu befürchten, dass das Steueraufkommen insbesondere in Deutschland

aufgrund der enttäuschenden wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre so gering ausgefallen ist. Schließlich werden die Steuerquoten mit einem vergangenheitsorientierten Ansatz ermittelt. Im Rahmen von Investitionsentscheidungen sollen jedoch zukünftige, mit konkreten Projekten verbundene Steuerbelastungen ermittelt werden. Daher ist dieser vergangenheitsorientierte Ansatz hierfür nicht geeignet.

Aussagekräftige Steuerbelastungsvergleiche zukunftsorientiert

Aussagekräftige Steuerbelastungsvergleiche zur Beurteilung der steuerlichen Standortattraktivität sind generell zukunftsorientiert und geben die zu erwartende effektive Steuerbelastung geplanter Investitionen aus Sicht der Unter-

nehmen wieder. In solche Vergleiche werden zum einen alle bedeutsamen Unterschiede zwischen den nationalen Steuersystemen, Steuerarten, Bemessungsgrundlagen und Tarifen einbezogen. Zum anderen werden die Steuerzahlungen auf aussagekräftige unternehmerische Zielgrößen bezogen, wie beispielsweise den Kapital- oder den Vermögensendwert einer Investition. Das ZEW berechnet regelmäßig und unter Anwendung geeigneter zukunftsorientierter Methoden die effektiven Steuerbelastungen von Unternehmen im internationalen Vergleich. In der Wissenschaft ist es unbestritten, dass diese effektiven Steuerbelastungen die wirklich aussagekräftigen Indikatoren für die steuerliche Standortattraktivität für Unternehmen sind.

*Gerd Gutekunst, gutekunst@zew.de
Christina Elschner, elschner@zew.de*

STELLENANZEIGE

UNIVERSITÄT
MANNHEIM

ZEW
Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) in Mannheim und die Universität Mannheim suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Diplom-Volkswirt/in

Sie haben ein wirtschaftswissenschaftliches Studium mit Prädikatsexamen absolviert und verfügen über ausgezeichnete Kenntnisse in neuen mikroökonomischen Theorien, insbesondere in der Industrieökonomik. Wir erwarten von Ihnen die Fähigkeit, wirtschaftliche Vorgänge präzise und allgemeinverständlich in deutscher und englischer Sprache darstellen zu können.

Ihre Aufgabe besteht in der Mitarbeit an einem Forschungsprojekt zur ökonomischen Analyse der strategischen Nutzung von Patenten im Innovationswettbewerb. Das Projekt wird von der DFG im Rahmen des Transregio-SFBs „Governance und die Effizienz ökonomischer Systeme“ gefördert und ist auf eine Dauer von vier Jahren angelegt. Projektleiter sind die ZEW-Forschungsprofessoren Prof. Konrad Stahl, PhD und Prof. Dietmar Harhoff, PhD.

Wir bieten Ihnen eine herausfordernde Tätigkeit in einem jungen Forschungsteam. Zahlreiche Kontakte und Weiterbildungsmöglichkeiten

durch unser nationales und internationales Netzwerk eröffnen Ihnen eine attraktive Perspektive. Eine Promotion im Kontext der Projektarbeit wird ausdrücklich unterstützt. Die Vergütung erfolgt nach BAT mit den Sozialleistungen des Öffentlichen Dienstes. Wir streben eine Erhöhung des Frauenanteils an und fordern qualifizierte Frauen ausdrücklich zur Bewerbung auf. Schwerbehinderten wird bei gleicher Eignung Vorzug gegeben.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung unter dem Stichwort IÖk-07/04 an

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Frau Doris Brettar
Postfach 10 34 43
D-68034 Mannheim

Weitere Stellenangebote:
www.zew.de/stellen

FORSCHUNGSERGEBNISSE

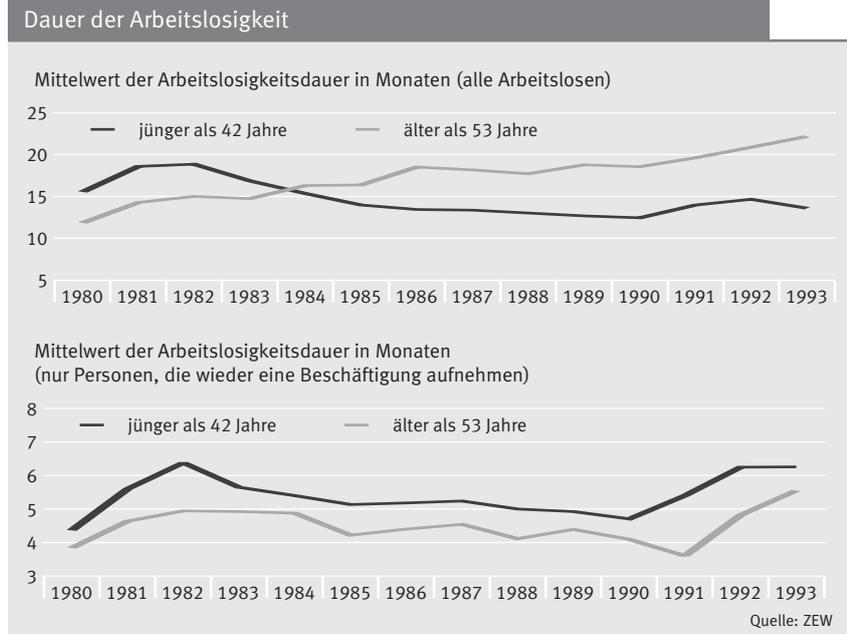
Arbeitsmarktreform der 1980er Jahre: Frühverrentung stark gestiegen

Eine ZEW-Studie untersucht die Auswirkungen der Arbeitsmarktreform in den 1980er Jahren, im Zuge derer die Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer erheblich ausgeweitet wurde. Bei den älteren Arbeitslosen, die wieder eine Beschäftigung aufnehmen, zeigt die Reform keine Effekte. Für die Gruppe der älteren Arbeitnehmer, die nach der Arbeitslosigkeit keine Beschäftigung mehr aufnehmen, hingegen steigen deutlich das Risiko, arbeitslos zu werden, und die Dauer der Arbeitslosigkeit. Dies deutet darauf hin, dass die Reform von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern zur Frühverrentung genutzt wurde.

Die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 04-24) untersucht die Auswirkung der Arbeitsmarktreform in den Jahren 1985 bis 1987, im Zuge derer die Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld für über 53-jährige Arbeitnehmer von 12 auf 32 Monate verlängert wurde. Die ZEW-Untersuchung basiert auf der Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IABS). Diese ist repräsentativ im Hinblick auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die der ZEW-Untersuchung zugrundeliegende Teilstichprobe umfasst etwa 370.000 Personen, die in den Jahren 1980 bis 1997 Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Unterhaltsgeld bezogen haben.

Ältere Arbeitslose häufiger und länger arbeitslos

Die ZEW-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich das Risiko, im Alter von mehr als 53 Jahren arbeitslos zu werden, nach der Reform im Durchschnitt deutlich erhöht hat. Dagegen ist es für den Teil der älteren Arbeitslosen, die wieder eine Beschäftigung aufnehmen, konstant geblieben. Auch sind ältere Arbeit-



nehmer seit der Reform im Durchschnitt deutlich länger arbeitslos. Für die älteren Arbeitnehmer, die noch einmal eine Beschäftigung aufnehmen, hat sich jedoch die Arbeitslosigkeitsdauer nach der Reform nicht erhöht (siehe Grafik).

Auf die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse nach der Arbeitslosigkeit hatte die Reform keine Auswirkung. So hat sich weder die Dauer der Beschäftigungsverhältnisse nach Arbeitslosigkeit im Vergleich zu vor der Reform verlängert, noch verdienen ältere Arbeitnehmer nach Arbeitslosigkeit mehr als vor der Reform. Es wurde also durch den verlängerten Anspruch auf Arbeitslosengeld kein besseres „Matching“ zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber erreicht.

Das heutige hohe Risiko älterer Arbeitnehmer, arbeitslos zu werden, und die längere Arbeitslosigkeitsdauer sind mit hoher Wahrscheinlichkeit auf massive Frühverrentung zurückzuführen. Arbeitnehmer konnten im betrachteten Zeitraum ab dem Alter von 57 Jahren und 4 Monaten zunächst 32 Monate lang Arbeitslosengeld beziehen, und hatten

dann vorzeitig – im Alter von 60 Jahren – Anspruch auf eine abschlagsfreie normale Altersrente. Für die Politik hat dies den erwünschten Nebeneffekt, dass ältere Arbeitslose nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik auftauchen, sofern sie gemäß § 428 Sozialgesetzbuch III einwilligen, nicht mehr aktiv nach einer neuen Beschäftigung zu suchen.

Im Rahmen der Hartz-Reformen wird die maximale Bezugsdauer von Arbeitslosengeld wieder auf 12, für die über 55-Jährigen auf 18 Monate verkürzt. Ferner wird eine abschlagsfreie Altersrente erst ab 65 Jahren gewährt. Dies dürfte zu einer Entlastung der Arbeitslosenversicherung und der Rentenkassen sowie zu einer transparenteren Arbeitslosenstatistik führen. Des Weiteren ist die Abschaffung des § 428 SGB III dringend notwendig, da in den vergangenen Jahren die Anzahl älterer Arbeitnehmer, die diesen in Anspruch genommen hat, rapide gestiegen ist.

Elke Lüdemann, ZEW, Universität
Mannheim und Toronto University
Dr. Ralf Wilke, wilke@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Konjunktur bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft zieht an

Der ZEW-IDI, Stimmungsindikator für den Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft, erreicht im zweiten Quartal 2004 einen Wert von 62,6 Punkten. Er liegt damit deutlich über dem Wert des ersten Quartals von 55,4 Punkten. Sowohl die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen für das dritte Quartal 2004 tragen zu der deutlichen Steigerung des Indikatorwerts bei.

Der Teilindikator des ZEW-IDI, der wiedergibt, wie die Unternehmen die aktuelle Geschäftslage bewerten, erreicht im zweiten Quartal 2004 einen Wert von 58,2 Punkten (Vorquartal 51,8 Punkte). Damit liegt er deutlich oberhalb der Schwelle von 50 Punkten, ab welcher er eine Expansion der Geschäftstätigkeit im

Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen

ter und Planer. Im Branchendurchschnitt beträgt der Saldo aus positiver und negativer Nachfrageentwicklung knapp 11 Prozent. Der Saldo der positiven und negativen Erwartungen im Hinblick auf die Nachfrageentwicklung im dritten Quartal 2004 liegt sogar bei 22 Prozent.

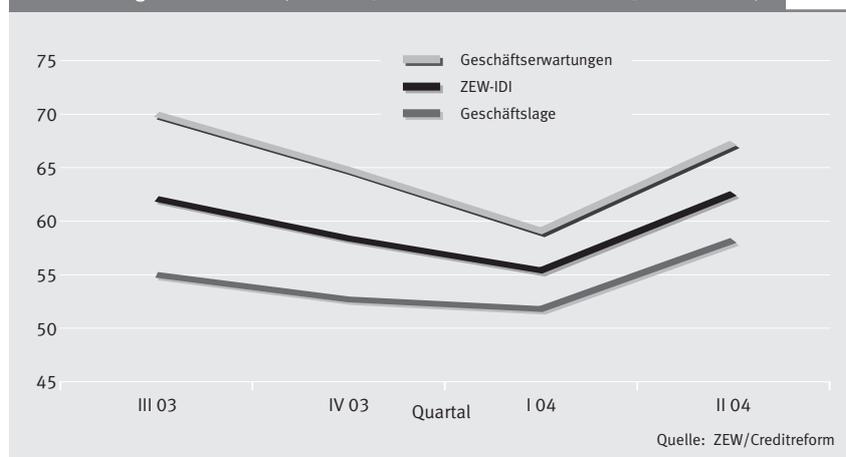
Positive Entwicklung beim Umsatz

Erstmals seit dem dritten Quartal 2003 ist auch der Saldo aus positiver und negativer Umsatzentwicklung im zweiten Quartal 2004 mit 22 Prozent wieder positiv. Wie schon in den Quartalen zuvor hatten die Steuerberater und Wirtschaftsprüfer auch im zweiten Quartal 2004 den höchsten Anteil an Unternehmen, deren Umsatz im Vergleich zum Vorquartal gestiegen ist. Vergleichsweise überraschend ist dagegen der hohe Umsatzanteil der Unternehmen, die von gestiegenen Umsätzen berichten, bei den IKT-Händlern und Architekten. Hier erwirtschafteten die Unternehmen, deren Umsatz im Vergleich zum Vorquartal zugenommen hat, mehr als 55 Prozent des jeweiligen Branchenumsatzes. Im vorangegangenen Quartal hatte sich der Umsatz in beiden Branchen weit unterdurchschnittlich entwickelt.

Trotz der positiven Umsatz- und Ertragsentwicklung haben die Dienstleister der Informationsgesellschaft ihren Personalbestand im zweiten Quartal 2004 per Saldo weiter verringert. In den Branchen Telekommunikationsdienstleistungen, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung sowie IKT-Handel gibt es jedoch erste Hoffnungszeichen für eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt. In diesen Branchen haben die Unternehmen, die im zweiten Quartal 2004 mehr Personal eingestellt als entlassen haben, mehr Umsatz erwirtschaftet als die Unternehmen, die ihren Personalbestand abgebaut haben.

Margit Vanberg, vanberg@zew.de

Entwicklung des ZEW-IDI (drittes Quartal 2003 bis zweites Quartal 2004)



Vergleich zum Vorquartal signalisiert. Der Teilindikator, der die Geschäftserwartungen für das dritte Quartal 2004 ausweist, liegt bei 67,3 Punkten. Der starke Anstieg des Werts gegenüber dem Vorquartalswert (59,1 Punkte) zeugt von einer großer Zuversicht im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft im Hinblick auf die Wachstumsaussichten in der zweiten Jahreshälfte.

Dies ist Ergebnis der Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW und der Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im Juni und Juli 2004 durchgeführt haben. An der Umfrage beteiligten sich rund 1.100 Unternehmen. Der Wirt-

der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

Die Dienstleister der Informationsgesellschaft profitieren als unternehmensnahe Dienstleister von der anhaltenden Konjunkturerholung im verarbeitenden Gewerbe. In fast allen Branchen des Wirtschaftszweigs erwirtschafteten im zweiten Quartal 2004 die Unternehmen, die von einer gestiegenen Nachfrage im Vergleich zum Vorquartal berichten, mehr Umsatz als die Unternehmen, die eine fallende Nachfrage melden. Einzige Ausnahme bilden die technischen Bera-

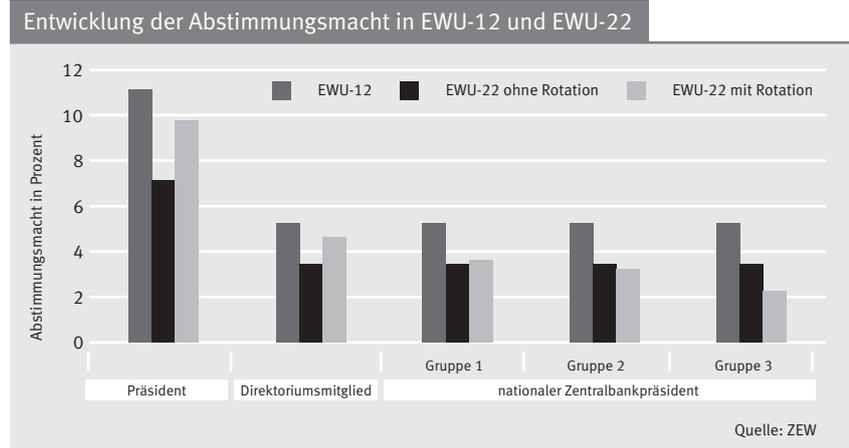
FORSCHUNGSERGEBNISSE

Die Entscheidungsprozedur im EZB-Rat nach der EWU-Erweiterung

Die zehn Staaten, die im Mai 2003 der EU beigetreten sind, nehmen zu einem späteren Zeitpunkt auch an der Europäischen Währungsunion teil. In einem erweiterten EZB-Rat werden die Prozeduren für Zinsentscheidungen komplexer und langwieriger. Außerdem nimmt mit steigender Zahl von Mitgliedern die Differenz zwischen dem politischen und dem ökonomischen Gewicht der Länder zu. Um die Effizienz des Gremiums zu gewährleisten, müssen die Prozesse reformiert werden. Das ZEW hat die vereinbarte Reform mit Hilfe von Kriterien der Gruppenzuordnung und von Indizes der Abstimmungsmacht bewertet.

Die Reformoption, die der Ministerrat am 21. März 2003 angenommen hat, ist die der Rotation. Wenn der Zentralbankrat beispielsweise 31 Mitglieder umfasst (heutige EWU-Mitgliedsstaaten, zehn Beitrittsstaaten, Großbritannien, Dänemark, Schweden), sollen drei Gruppen von Zentralbankpräsidenten gebildet werden. Die erste Gruppe mit fünf Mitgliedern soll vier Stimmen, die zweite Gruppe mit 13 Mitgliedern acht Stimmen und die dritte Gruppe mit den restlichen sieben Mitgliedern drei Stimmen erhalten. Die sechs Mitglieder des Direktoriums bekommen weiterhin je eine Stimme zugewiesen.

Die ZEW-Studie untersucht zum ersten, wie sich die Zusammensetzung der Gruppen ändert, wenn die Länder anhand anderer ökonomischer Kriterien eingeteilt werden und nicht anhand des vorgeschlagenen Indexes, der zu 5/6 aus dem Anteil des Landes am aggregierten Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen und zu 1/6 aus dem Anteil an der gesamten aggregierten Bilanzsumme der Monetären Finanzinstitute gebildet wird. So kann man etwa die Länder mit Hilfe des Gleichlaufs der ökonomischen Entwicklung klassifizieren. Die ökonomische Entwicklung wird dazu



durch einen Index beschrieben, der als einfacher Durchschnitt der Inflationsrate und der prozentualen Abweichung der Industrieproduktion von ihrem Trend gebildet wird. Bei einer solchen Gruppeneinteilung hätten Länder wie Österreich und Belgien ein höheres Gewicht. Die neuen Mitgliedsstaaten würden jedoch auch weiterhin vorwiegend in die dritte Gruppe eingeordnet.

Analyse der Abstimmungsmacht

Eine zweite Möglichkeit zur Bewertung der Reform ist zu untersuchen, wie sich die Abstimmungsmacht entwickelt. Die Abstimmungsmacht wird anhand von Indizes bestimmt, die den Einfluss eines Entscheidungsträgers auf den Ausgang von Abstimmungen beschreiben. Beispielhaft soll der Fall der Erweiterung der EWU um zehn Länder mit und ohne Einführung des Rotationsverfahrens mit dem Status Quo (EWU-12) verglichen werden (siehe Abbildung, Banzhaf-Index). Es wird angenommen, dass die Direktoriumsmitglieder nicht die nationalen Zentralbankpräsidenten ihrer Herkunftsländer unterstützen. Mit der Erweiterung des Rats geht der Einfluss eines Direktoriumsmitglieds zwar zurück, steigt aber durch die Einführung der Rotation wieder, wenn auch nicht auf das

ursprüngliche Niveau. Da das Direktorium nicht an der Rotation teilnimmt, wirkt sich nur die Anzahl der Abstimmungsberechtigten im Rat aus, die mit der Einführung der Rotation wieder sinkt. Für die nationalen Zentralbankpräsidenten nimmt die Abstimmungsmacht mit steigender Anzahl der Mitglieder ebenfalls in allen drei Gruppen ab. Mit der Einführung der Rotation entwickelt sich jedoch der Einfluss auf die Entscheidungen in den Gruppen unterschiedlich.

Bei der Bewertung der Gruppenbildung mit Hilfe der Abstimmungsmacht gleichen sich das ökonomische und politische Gewicht in der dritten Gruppe der kleinen Länder und in der zweiten Gruppe an. Die Rotation vergrößert die entsprechende Lücke bei den großen Ländern in der ersten Gruppe aber nicht.

Es zeigt sich, dass die Verwendung anderer ökonomischer Kriterien zu einer veränderten Gruppenzusammensetzung, jedoch nicht zu grundlegend anderen Ergebnissen führen würde. Die Bewertung mit Hilfe der Abstimmungsmacht gibt ein differenziertes Bild je nach den Annahmen über das Verhalten der Direktoriumsmitglieder. Das Rotationsverfahren eignet sich nur bedingt, die Differenz zwischen politischem und ökonomischem Gewicht der Länder zu verringern.

Dr. Katrin Ullrich, ullrich@zew.de

Wechsel in der kaufmännischen Geschäftsführung des ZEW

Im Rahmen eines Festakts wurde am 21. Juli 2004 der Gründungsdirektor des ZEW und langjähriger kaufmännischer Geschäftsführer, Ernst-O. Schulze, verabschiedet und dessen Nachfolger, Thomas Kohl, vorgestellt. Rund 300 Gäste hatten sich zu diesem Anlass am ZEW eingefunden.

ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz konstatierte, dass die Verabschiedung Ernst-O. Schulzes zwar

schers Direktor des ZEW und seine Persönlichkeit böten Gewähr dafür, dass die kaufmännische Leitung des ZEW bei ihm in den richtigen Händen liege.

Dr. Manfred Fuchs, Vorsitzender des Förderkreises Wissenschaft und Praxis am ZEW e.V., dankte Schulze im Namen des gesamten Förderkreises für die konstruktive Zusammenarbeit. „Ihr großes Engagement, Ihre für uns alle spürbare Begeisterung für die „Erfolgsstory ZEW“ sowie Ihre absolute Verlässlichkeit wa-

rig, immer zuerst die Ziele der Wissenschaft zu definieren und dann die geeigneten Managementmaßnahmen auszuwählen. Seiner Meinung nach werde der Aspekt des Aufwands im Verhältnis zum wissenschaftlichen Ertrag noch zu wenig berücksichtigt. Gerade über die Produktivität von Wissenschaft müsse stärker gesprochen werden, weil sich die Wissenschaftsorganisationen einem zunehmend härteren Wettbewerb ausgesetzt sähen, der auch über den Preis gehe.

In einer kurzen Ansprache dankte Schulze seinem Kollegen in der Geschäftsführung, Franz, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ZEW für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Kohl dankte Schulze für dessen Unterstützung und drückte seine Überzeugung aus, dass das neue Team „Franz – Kohl“ das ZEW in loyaler und harmonischer Zusammenarbeit in eine erfolgreiche Zukunft führen werde.

Katrin Voß, voss@zew.de



von links: Gerhard Stratthaus, Ernst-O. Schulze, Thomas Kohl, Wolfgang Franz

Anlass zu Wehmut gebe, die Vorstellung seines Nachfolgers, Thomas Kohl, aber auch „erfreuliche Perspektiven“ eröffne. Franz dankte seinem Partner in der Geschäftsführung für die jahrelange gute Zusammenarbeit und wünschte Kohl alles Gute für dessen neue und herausfordernde Aufgabe.

Gerhard Stratthaus MdL, Finanzminister Baden-Württemberg und Vorsitzender des Aufsichtsrats des ZEW, sprach Schulze sowohl für die Tätigkeit am ZEW als auch für die 40jährige Arbeit in Diensten des Landes seinen Dank aus. „Sie haben in Ihrem Verantwortungsbereich vorbildliche Arbeit geleistet,“ würdigte er die Verdienste des scheidenden Geschäftsführers. Thomas Kohl wünschte er einen guten Start. Kohls bisherige Arbeit als stellvertretender kaufmänni-

ren für die so positive Entwicklung des Instituts entscheidend und für uns alle immer wieder ein Ansporn, Sie auf diesem Weg zu begleiten,“ sagte Fuchs. Er wünschte Kohl gutes Gelingen für die neue, verantwortungsvolle Aufgabe. Er zeigte sich überzeugt, dass Kohl ein hervorragender Nachfolger sein werde.

Management für die Wissenschaft

In seinem Festvortrag beschäftigte sich Prof. Dr. Jürgen Blum, Geschäftsführender Vorstand des Zentrums für Wissenschaftsmanagement in Speyer, mit dem Thema Professionalisierung des Wissenschaftsmanagements. Ziel des Wissenschaftsmanagements sei, die Effektivität und die Effizienz von Wissenschaft zu optimieren. Dabei sei es wich-

Ernst-O. Schulze, geboren 1939, war 1990 als kaufmännischer Direktor in die Geschäftsführung des neu gegründeten ZEW berufen worden und war seitdem zunächst mit Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König und seit 1997 mit dessen Nachfolger, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, für die Gesamtleitung des ZEW verantwortlich. Mit großem Engagement hat Schulze darauf hingearbeitet, das neue Institut zu einem der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland auszubauen. Dabei setzte er Akzente durch die Einführung wissenschaftsadäquater, moderner Managementinstrumente und -techniken. Auch der Wissenstransfer in die Praxis war ihm ein großes Anliegen.

Schulzes Nachfolger seit dem 1. August 2004 ist Thomas Kohl, geboren 1962. Er kam nach einer Tätigkeit als Verwaltungsleiter bei einer international tätigen Organisation 1992 ans ZEW, wo er die Geschäftsführung bei der Aufbauarbeit unterstützte. Kohl leitete den Servicebereich Verwaltung und war darüber hinaus in verschiedenen Stabsfunktionen tätig. 1997 erhielt er Prokura. 2001 wurde er zum stellvertretenden kaufmännischen Direktors ernannt.

ZEW Summer Workshop 2004 zur Internationalen Umweltökonomik



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ZEW Summer Workshops 2004.

Vom 21. bis zum 23. Juni fand zum sechsten Mal der „ZEW Summer Workshop for Young Economists“ statt. Veranstalter des Workshops, der von der Fritz Thyssen Stiftung gefördert wurde, war die Abteilung Umwelt- und Ressourcenökonomik des ZEW. Erstmals wurde in diesem Jahr der mit 5.000 Euro dotierte Heinz König Young Scholar Award verliehen, der an den verstorbenen Gründungsdirektor des ZEW erinnert. Der diesjährige Preisträger ist Wolfram Schlenker von der University of California, San Diego. Schlenker gewann den Preis mit einer Arbeit über die ökonomischen Auswirkungen des Klimawandels auf die kalifornische Landwirtschaft. Der diesjährige Sponsor des Preises ist die Freudenberg & Co. Kommanditgesellschaft, Weinheim.

Der Summer Workshop 2004 stand unter dem Thema „The Management of Global Commons“ und beschäftigte sich mit zentralen Problemfeldern der internationalen Umweltpolitik. Thematische Schwerpunkte waren die Bewirtschaftung der Ressource Wasser, die ökonomische Biodiversitätsforschung, der Klimawandel und die Theorie internationaler Umweltverhandlungen und -verträge.

International ausgewiesene Experten brachten die insgesamt 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den USA und verschiedenen europäischen Staaten in acht Vorlesungen auf den aktuellen Stand der Forschung.

Mit Scott Barrett, Professor für Umweltökonomik und Internationale Politische Ökonomie an der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies an der Johns Hopkins University in Washington, konnte ein Pionier der Theorie der internationalen Umweltpolitik als Referent gewonnen werden. Seine beiden Vorlesungen behandelten fundamentale Anreizprobleme internationaler Umweltabkommen und kreisten um die Frage, welche Faktoren Erfolg oder Misserfolg derartiger Übereinkünfte beeinflussen. Mit David Zilberman, Professor für Agrarökonomie und Ressourcenökonomik sowie Direktor des Center for Sustainable Resource Development an der Universität Berkeley, war ein Fachmann für ökonomische Wasserforschung anwesend. In seinen Vorlesungen diskutierte er ökonomische Probleme der Bewirtschaftung der Ressource Wasser aus quantitativer und qualitativer Sicht. Mit Erwin Bulte, Professor am Center der Universität Tilburg in den Niederlanden,

und Stefan Baumgärtner, Privatdozent am Interdisziplinären Institut für Umweltökonomie der Universität Heidelberg, waren schließlich zwei Experten der Biodiversitätsforschung vertreten. In ihren Vorträgen beschäftigten sie sich mit Problemen der Definition, Messung und Bewertung von Artenvielfalt sowie optimalen Bewirtschaftungsstrategien.

Der zweite wesentliche Teil des Workshops war den Präsentationen der jungen Forscherinnen und Forscher vorbehalten, die aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz, Österreich, den Niederlanden und Spanien angereist waren. Ihre Arbeiten wurden von den Referenten koreferiert und anschließend im Plenum diskutiert.

Heinz König Young Scholar Award wurde erstmals verliehen

Die beste Arbeit des Workshops wurde mit dem Heinz König Young Scholar Award prämiert. Angesichts der großen Zahl hervorragender Einreichungen fiel die Auswahl schwer. Letztlich setzte sich Wolfram Schlenker, Associate Professor an der University of San Diego in Kalifornien, durch. ZEW-Präsident Wolfgang Franz hob in seiner Laudatio hervor, dass Schlenkers Arbeit in hervorragender Weise dem König'schen Anliegen theoriegeleiteter empirischer Wirtschaftsforschung gerecht werde. Schlenker untersucht im Rahmen einer ökonomischen Analyse auf der Grundlage räumlich extrem disaggregierter Daten die Auswirkungen des Klimawandels auf den Marktwert landwirtschaftlicher Anbaufläche. Neben dem Geldpreis in Höhe von 5.000 Euro erhielt Schlenker die Einladung zu einem dreimonatigen Forschungsaufenthalt im ZEW-Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement auf Kosten des ZEW.

Dr. Carsten Vogt, vogt@zew.de

Bildung und Lohnungleichheit in Europa

Am 24. Juni 2004 veranstaltete das ZEW einen internationalen Workshop zum Thema „Bildung und Lohnungleichheit in Europa“. Ziel der Veranstaltung war es, die bisherigen Ergebnisse des gleichnamigen Projekts, das im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wird, zusammen mit den Projektpartnern aus neun europäischen Ländern nach außen zu präsentieren und Anregungen für die zweite Hälfte des Projekts zu gewinnen.

Im Rahmen des Workshops wurden verschiedene Aspekte der Wechselwirkung zwischen Bildungsexpansion und Lohnungleichheit untersucht. Zunächst bot Panos Tsakloglou von der Universität Athen einen Überblick über die Entwicklung der Einkommensungleichheit in den am Projekt beteiligten Ländern. Dabei unterteilte er die Bevölkerung in Gruppen nach ihrer Bildung, Geschlecht und Alter. Die Analysen ergaben, dass die Bildungsverteilung ausschlaggebend für die Lohnungleichheit sei. Der moderate Anstieg in der Lohnungleichheit seit den 1980er Jahren sei vor allem auf die Entwicklung der Lohnungleichheit innerhalb, nicht aber zwischen den Bevölkerungsgruppen zurückzuführen.

Pedro Pereira von der Universität Madeira konzentrierte sich auf die Lohnungleichheit zwischen und innerhalb der Bildungsgruppen. In allen betrachteten Ländern erbringe ein Hochschulstudium eine beträchtliche Einkommensprämie. Die Bildungsexpansion der vergangenen zwei Jahrzehnte sei nicht mit niedrigeren Bildungsrenditen einhergegangen. Allerdings steige auch die Lohndispersion mit dem Bildungsniveau.

Einfluss der Demographie auf Beschäftigung und Einkommen

Schließlich berichteten Claudio Lucifora von der Universität Mailand und Charlotte Lauer vom ZEW über Forschungsergebnisse zum Einfluss der Demographie auf die Beschäftigungs- und Einkommensaussichten. Die Alterung der Bevölkerung bei gleichzeitiger Bildungsexpansion ändere maßgeblich die Zusammensetzung des Arbeitsangebots. Sofern potenzielle Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt mit gleich qualifizierten

beziehungsweise gleich erfahrenen Individuen konkurrierten, sei zu erwarten, dass große Alters- oder Bildungskohorten mit Lohneinbußen oder höherer Arbeitslosigkeit konfrontiert würden. Die empirische Evidenz zeige solche Effekte. Sie seien allerdings relativ schwach.

Bildungspolitik und Bildungsniveau in Großbritannien

Der zweite Teil des Workshops galt der Diskussion der vorgestellten Ergebnisse sowie ihrer Erweiterung. Zunächst bot der Hauptredner des Workshops, Paul Johnson, Chef-Ökonom im britischen Bildungsministerium, einen Überblick über Bildungspolitik und Bildungsungleichheit in Großbritannien. Das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Bevölkerung sei durch einen sinkenden Anteil an Geringqualifizierten und einen kontinuierlich steigenden Anteil an Hochqualifizierten über die vergangenen beiden Jahrzehnte stark gestiegen. Gleichzeitig verbreiterten sich jedoch die Lohndifferenziale, und die Schülerleistung und Bildungsbeteiligung hingen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich stark vom sozialen Hintergrund ab. Daher würden Schulen mit schwachen Schülern aus den unteren sozialen Schichten durch spezialisierte Trainer und zusätzliche finanzielle Unterstützung gefördert. Forschungsbedarf bestehe in Großbritannien insbesondere hinsichtlich der regionalen Unterschiede in der Nachfrage nach der Qualifikation der Beschäftigten.

Als letzter Redner präsentierte Peter Dolton von der Universität Newcastle erste Ergebnisse über das Phänomen der Überqualifizierung in Europa. Beschäftigte werden als überqualifiziert

bezeichnet, wenn ihre Qualifikation und Fähigkeiten die Anforderungen ihrer Arbeit übersteigen. Je nach Datengrundlage und Definition von Überqualifizierung würden zwischen einem Fünftel und der Hälfte der Beschäftigten als überqualifiziert gelten. Dieser Status wirke sich negativ auf die Entgelte der Betroffenen aus. Politische Entscheidungsträger sollten daher formale Bildungsabschlüsse sehr sorgfältig nach den Bedürfnissen der Beschäftigten definieren.

Diskussion der Ergebnisse

Anschließend wurden die vorgestellten Ergebnisse des Projekts kommentiert und diskutiert. Thomas Zwick vom ZEW kommentierte die Ergebnisse zur Lohnungleichheit zwischen Kohorten und regte an, den Einfluss der Institutionen in Europa auf die Bildungsungleichheit sowie die Arbeitsnachfrageseite stärker zu berücksichtigen. Walter Müller vom MZES in Mannheim hob die Bedeutung von Unterschieden in der Messung von Bildungsabschlüssen hervor. Er präsentierte eigene Untersuchungen, wonach das gemessene Qualifikationsniveau der Bevölkerung stark von der Datengrundlage und der Genauigkeit bei der Einteilung in Qualifikationsniveaus abhängige. Besonders in europaweiten Vergleichen müsse dies berücksichtigt werden. Die anschließende Diskussion griff diesen Punkt auf und versuchte klare Eckpunkte für die Messung von Bildungsabschlüssen in Europa festzulegen. Jedoch müsse dabei zwischen einheitlichen Datenquellen und einer möglichst genauen Beschreibung der nationalen Bildungsabschlüsse abgewägt werden. Zudem seien mögliche nationale Besonderheiten der Bildungssysteme bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen.

Information zum EDWIN Projekt im Internet: www.etla.fi/edwin

Andreas Ammermüller,
ammermueller@zew.de
Charlotte Lauer, lauer@zew.de

ZEW KONFERENZ

Die Ökonomie von Informations- und Kommunikationstechnologien

Am 2. und 3. Juli 2004 veranstaltete das ZEW zum vierten Mal die Konferenz „The Economics of Information and Communication Technologies“, die von der Landesstiftung Baden-Württemberg finanziell unterstützt wurde. Ziel der Konferenz war es auch in diesem Jahr, neuste Forschungsergebnisse zu den ökonomischen Aspekten von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu präsentieren und zu diskutieren. Mehr als 50 anerkannte Wissenschaftler aus Deutschland und anderen europäischen Ländern sowie aus Israel, Kanada und den USA beteiligten sich mit Beiträgen.

Die Vorträge von vier Gastrednern (invited speakers) bildeten den Rahmen der insgesamt 26 Präsentationen. Einleitend sprach Dirk Pilat (OECD, Frankreich) über den wirtschaftlichen Einfluss von IKT auf Produktivität und Wachstum. Für seine Untersuchungen nutzte er Forschungsergebnisse sowohl auf aggregiertem Niveau als auch auf Sektor- und Unternehmensebene. Pilat betonte, dass in den vergangenen Jahren der Umfang an verfügbaren Daten zur IKT-Nutzung in den meisten OECD-Ländern stark zugenommen habe. Regelmäßige Unternehmensbefragungen böten zudem eine solide Grundlage für empirische Untersuchungen. Er kam unter anderem zu dem Ergebnis, dass IKT-Investitionen durch organisatorische Veränderungen, Innovationsaktivitäten und Investitionen in Humankapital ergänzt werden müssen, um positive Produktivitätseffekte erzielen zu können. David Autor (MIT, USA) analysierte verschiedene Erklärungsansätze für die wachsenden Lohnunterschiede in den USA seit den frühen 1980er Jahren. Er zeigte, dass die Arbeitsmarktentwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten weder monokausal mit dem „skill-biased technological change“-Ansatz erklärbar sind noch mit Hypothesen, die ausschließlich auf die Rolle von Minimallöh-

nen und Arbeitsangebotseffekten abstellen. Autor stellte deshalb einen modifizierten Ansatz des „skill-biased technological change“ als mögliche Erklärung vor, demzufolge die zunehmende Verbreitung von Computern am Arbeitsplatz

senschaftlichen Komitees, bestehend aus Ernst R. Berndt (MIT Sloan School of Management, USA), Karen B. Clay (Carnegie Mellon University, USA), Oliver Fabel (Universität Konstanz), Francis Kramarz (CREST-INSEE, Frankreich),



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der vierten IKT-Konferenz des ZEW.

zu einer Polarisierung der Arbeitsnachfrage nach bestimmten Qualifikationsgruppen führt. Shane Greenstein (Northwestern University, USA) präsentierte eine geografische Analyse zur Verbreitung der Internetinfrastruktur in den USA mit dem Ziel, die Unterschiede in der Qualität des Internetangebots zwischen ländlichen Regionen und dicht besiedelten Gebieten zu erklären. Er konzentrierte sich dabei insbesondere auf die Verbreitung von breitbandigen Internetanschlüssen. Scott Marcus (The German Marshall Fund of the United States, USA) stellte den neuen EU Rechtsrahmen für Kommunikationsmärkte vor, insbesondere im Hinblick auf die technologische Konvergenz von Sprach- und Datennetzen. Ein Vergleich mit der US-amerikanischen Telekommunikationsregulierung zeigte, dass beide Ansätze trotz unterschiedlicher theoretischer Fundierung zu vergleichbaren regulatorischen Ergebnissen führen.

Aus einer Vielzahl eingereichter Papiere wählten die Mitglieder des wis-

Georg Licht (ZEW), Konrad Stahl (Universität Mannheim) and Manuel Trajtenberg (Tel Aviv University, Israel) insgesamt 22 Papiere aus. So entstand ein Konferenzprogramm, das einen Überblick über aktuelle theoretische, empirische und politik-orientierte Forschungsergebnisse lieferte.

So wurden Arbeiten zu verschiedenen Aspekten digitaler Märkte präsentiert, wie beispielsweise zur Internetpiraterie, zu Preis- und Verkaufsstrategien von Online-Anbietern sowie zu Online-Werbung. Weitere Vorträge thematisierten die Auswirkungen von IKT auf den Arbeitsmarkt sowie auf Produktivität und Wachstum, andere befassten sich mit der Preisregulierung für den entbündelten Netzzugang im Telekommunikationsmarkt.

Das Programm und die Beiträge der Konferenz können im Internet heruntergeladen werden: www.zew.de/ikt-konferenz

Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de
Katrin Schleife, schleife@zew.de

ZEW INTERN

Jürgen Strube feiert 65. Geburtstag



Am 19. August 2004 feierte Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Strube, Präsident der Union of Industrial and Employers' Confederations of Europe (UNICE), seinen 65. Geburtstag. Strube war von 1993 bis 1998 Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des ZEW. Seit 1998 ist er Mitglied des ZEW-Aufsichtsrats, von 1998 bis 2002 stellvertretender Vorsitzender. Der frühere Vorstandsvorsitzende der BASF AG ist Vorsitzender des Aufsichtsrats dieses Unternehmens.

EXPERTENSEMINARE

- 30.9.2004 Wege zur Internationalisierung Ihrer Rechnungslegung – Kompetenzreihe für den Mittelstand:
Workshop: IAS/IFRS-spezifische Fragestellungen und Neuerungen (in Kooperation mit der Ernst & Young AG)
- 4.10.2004 Grundlagen Makroökonomie/Finanzmarktökonomie: Basistechniken I – Regressionsanalyse
- 5.10.2004 Grundlagen Makroökonomie/Finanzmarktökonomie: Basistechniken II – Zeitreihenmodelle
- 12./13. 10.2004 Presenting in English
- 18.10.2004 Einführung in Eviews
- 26./27.10.2004 Der sichere Auftritt – Präsentationen professionell gestalten
- 2.11.2004 Umsatzsteuer: Aktuelle Entwicklungen in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung im Jahr 2004
- 2./3. 11.2004 Grundlagen Mikroökonomie: Einführung Ökonometrie
- 4.11.2004 Teilzeit und Befristung
- 5.11.2004 Finanzmarkt-Ökonometrie:
Statistische Eigenschaften von Finanzmarkt-Zeitreihen
- 8.11.2004 Finanzmarkt-Ökonometrie:
Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I
- 9.11.2004 Finanzmarkt-Ökonometrie:
Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II
- 9.11.2004 Wege zur Internationalisierung Ihrer Rechnungslegung – Kompetenzreihe für den Mittelstand:
Workshop: Business Combinations und Impairment-Tests (in Kooperation mit der Ernst & Young AG)
- 10.11.2004 Finanzmarkt-Ökonometrie:
Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III

Den neuen Seminarkatalog für September 2004 bis Juli 2005 können Sie im Internet herunterladen: <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/seminare/seminare.pdf>

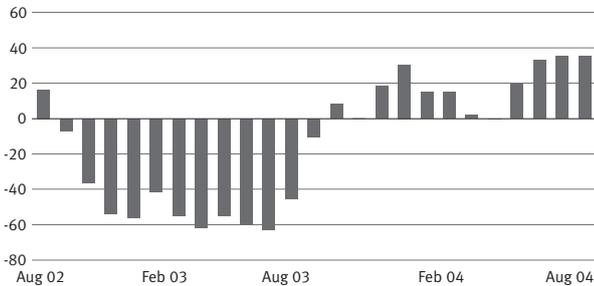
Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zew.de
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

- No. 04-41, Annette Bergemann, Bernd Fitzenberger, Stefan Speckesser: Evaluating the Dynamic Employment Effects of Training Programs in East Germany Using Conditional Difference-in-Differences.
- No. 04-42, Manfred M. Fischer, Claudia Stirböck: Regional Income Convergence in the Enlarged Europe, 1995-2000: A Spatial Econometric Perspective.
- No. 04-43, Claudia Stirböck: Comparing Investment and Employment Specialisation Patterns of EU Regions.
- No. 04-44, Claudia Stirböck: A Spatial Econometric Analysis of Regional Specialisation Patterns Across EU Regions.
- No. 04-45, Irene Bertschek, Helmut Fryges, Ulrich Kaiser: B2B or Not to Be: Does B2B E-Commerce Increase ICT Labour Productivity?
- No. 04-46: Marco Caliendo, Reinhard Hujer, Stephan L. Thomsen: Evaluation der Eingliederungseffekte von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in reguläre Beschäftigung für Teilnehmer in Deutschland.
- No. 04-47, Miriam Beblo, Elke Wolf: Does Work Time Flexibility Work? An Empirical Assessment of the Efficiency Effects for German Firms.
- No. 04-49, Horst Entorf, Jörg Fegert, Michael Kölch: Children in Need of Medical Innovation.
- No. 04-50, Andreas Lange: The Impact of Equity-preferences on the Stability of Heterogeneous International Agreements.
- No. 04-51, Erik Lüders: The Power Law and Dividend Yields.
- No. 04-52, Bernhard Boockmann: The Effect of ILO Minimum Age Conventions on Child Labour and School Attendance.
- No. 04-53, Ralf A. Wilke: Semiparametric Estimation of Consumption Based Equivalence Scales – The Case of Germany.
- No. 04-54, Charlotte Lauer: Education, Gender and Earnings in France and Germany: Level and Dispersion Effects.
- No. 04-55, Kris Aerts, Dirk Czarnitzki: Using Innovation Survey Data to Evaluate R&D Policy: The Case of Belgium.
- No. 04-56, Dirk Czarnitzki, Katrin Hussinger: The Link Between R&D Subsidies, R&D Spending and Technological Performance.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im August

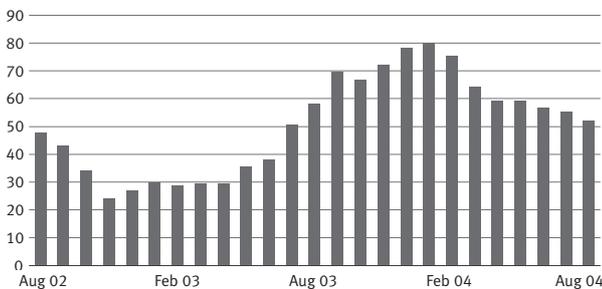


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Geldmarktzinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Experten erwarten unveränderte EZB-Zinspolitik

Von den Experten sehen 63,4 Prozent in den nächsten sechs Monaten keine Veränderung der Geldmarktzinsen (Vormonat: 62 Prozent), obwohl sie erwarten, dass die Inflationsrate auf ihrem hohen Niveau von 2,4 Prozent verharrt oder sogar weiter steigt. So ist der Anteil der Experten, die in den nächsten sechs Monaten mit einer konstanten (höheren) Inflationsrate rechnen, um 0,8 (2,2) Prozentpunkte auf 41,2 (47,4) Prozent gestiegen. Da die Mehrheit der Experten mit einem sinkenden Ölpreis rechnet, sollte dieser kaum mehr preistreibend wirken.

Dr. Katrin Ullrich, ullrich@zew.de



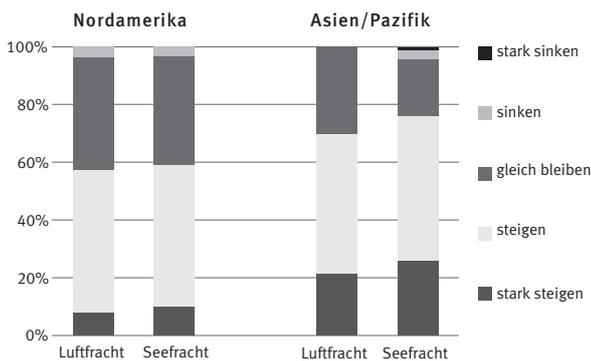
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Konjunkturerwartungen im Euroraum schlechter

Die ZEW Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich im August weiter verschlechtert. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten fällt von 55,5 auf 52,0 Punkte. Hintergrund des Rückgangs sind der haussierende Ölpreis und die Furcht vor einem deutlichen Rückgang der Weltkonjunktur, die die Exportnachfrage in Euroland schmälern könnte. Die jüngsten Zahlen aus den USA zum Arbeitsmarkt und zum Einzelhandel haben dieser Befürchtung neue Nahrung gegeben.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Experten erwarten weltweite Zunahme des Güterverkehrsaufkommens

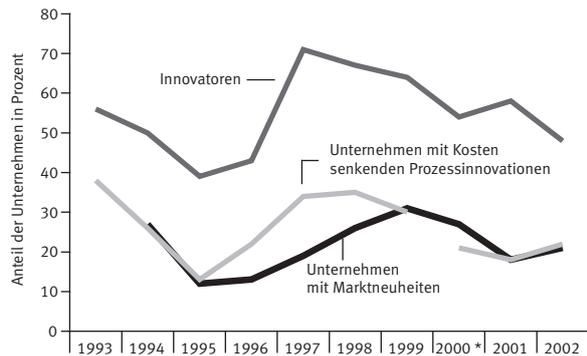


Quelle: ZEW

In der dritten Erhebungsrunde 2004 rechnen die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW mehrheitlich mit steigenden Transportaufkommen in der Luft- und Seefracht in Richtung Nordamerika und Asien. Zwar sind die Erwartungen leicht gesunken, aber im Flugverkehr gehen immer noch 57,6 Prozent bzw. 69,6 Prozent, im Seeschiffverkehr 59,1 Prozent bzw. 76 Prozent von steigenden Transportvolumina aus. Im Asienverkehr erwartet sogar rund ein Drittel der Optimisten einen Anstieg der Luft- und Seefrachten von mehr als 5 Prozent.

Georg Bühler, buehler@zew.de

Ernährungsgewerbe und Tabakindustrie: Innovatorenanteil stark zurückgegangen



* Werte für Unternehmen mit Kostensenkungen ab 2000 nicht vergleichbar mit den Vorjahren wegen geänderter Fragestellung. Quelle: ZEW

Im Ernährungsgewerbe und der Tabakindustrie ist der Innovatorenanteil im Jahr 2002 so stark zurückgegangen wie in keiner anderen Branche im verarbeitenden Gewerbe. Nur noch 48 Prozent (2001: 58 Prozent) der Unternehmen in den beiden Branchen führten innovative Produkte und Prozesse ein. Gestiegen ist dagegen der Anteil von Unternehmen mit Marktneuheiten. Bei ihren verstärkten Internationalisierungsanstrengungen wollen die Unternehmen anscheinend nicht nur über den Preis konkurrieren, sondern suchen mit marktneuen Produkten auch den Qualitätswettbewerb.

Tobias Schmidt, schmidt@zew.de

STANDPUNKT



Industriepolitik

Die interventionistische Wirtschaftspolitik Frankreichs im Zusammenhang mit der Fusion der Unternehmen Aventis und Sanofi sowie der Unterstützung von Alstom haben die Industriepolitik erneut ins Blickfeld gerückt. Insbesondere erhebt sich die Frage, inwieweit andere Länder nach wie vor auf wettbewerbsorientierte Industriestrukturen setzen sollen, wenn die Regierung einer Volkswirtschaft die Politik der Schaffung „nationaler Champions“ vorantreibt.

Industriepolitik greift mit Hilfe eines Bündels von Maßnahmen in die Allokation von Ressourcen zwischen unterschiedlichen Sektoren ein oder verändert die Organisationsstrukturen innerhalb einzelner Branchen. Sie unterstützt beispielsweise durch Anpassungshilfen und Schutzmaßnahmen den sektoralen Strukturwandel von niedergehenden Wirtschaftszweigen hin zu aufstrebenden Branchen oder sie formt die Wettbewerbsstrukturen innerhalb eines Sektors etwa durch die Förderung von Kartellen und Fusionen um. Industriepolitik kann gerechtfertigt sein, wenn wirklich ein Marktversagen vorliegt und das staatliche Vorgehen die Wohlfahrt eines Landes tatsächlich und wesentlich verbessert und dies nicht bloß zu Lasten anderer Volkswirtschaften geht. Eine sinnvolle Industriepolitik stellt damit hohe Anforderungen an den Informationsstand der Politik über die Marktvorgänge und die ökonomische Effizienz und Effektivität der einzelnen industriepolitischen Strategien. So gesehen entbehren Politiken zum Ruhme oder zur Glorifizierung einer Wirtschaftspolitik oder des Nationalbewusstseins der ökonomischen Rechtfertigung.

Jedoch bleibt die Frage offen, wie verfahren werden soll, wenn ein Land durch eine Begrenzung des Wettbewerbs Vorteile zu erringen versucht, etwa indem ein Sektor in Richtung eines nationalen Monopols umgestaltet wird. Sollen andere Länder ihre Märkte nach wie vor offen halten oder ebenfalls den Wettbewerb einschränken? Solange Vertragswidrigkeit vorliegt,

die Wettbewerbsbeschränkungen, also beispielsweise EU-Recht, verletzen, sollte die Reaktion darin bestehen, auf der Gemeinschaftsebene die Marktöffnung wieder zu gewährleisten. Denn durch eine zunehmende Monopolisierung büßen in der Regel alle beteiligten Länder an Wohlfahrt ein.

Liegt kein Vertragsverstoß vor oder mangelt es an Durchsetzbarkeit von EU-Regeln, muss sorgfältig abgewogen werden. Auf der einen Seite kann es auf Grund der Wettbewerbsbeschränkungen in dem einen Land, welches zudem möglicherweise noch Vorteile eines „first movers“ für sich verbuchen kann, bei den anderen, den wettbewerbsorientierten Ländern vielleicht zu Wettbewerbsnachteilen mit unliebsamen Konsequenzen etwa für die Beschäftigung kommen. Diese müssen jedoch saldiert werden mit den Vorteilen der Marktöffnung für die Verbraucher. Auf der anderen Seite mag die Alternative, sich ebenfalls wettbewerbsbeschränkender Mittel zu bedienen, zwar wieder eine Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit bedeuten. Indes kann dies mit Verlusten für die Verbraucher in Form höherer Preise und weniger innovativer Produkte einhergehen. Eine einfache Antwort gibt es mithin nicht. Irrational wäre ein ständiges Sich-Überholen der involvierten Länder.

Einem „nationalen Champion“ ist keinesfalls ein wirtschaftlicher Erfolg garantiert, im Gegenteil, vieles spricht dafür, dass er den „nationalen Steuerzahler“ teuer zu stehen kommt. Auf jeden Fall sollte sich die Wirtschaftspolitik zurückhalten, da sie meistens nicht über Informationsvorsprünge gegenüber den betreffenden Unternehmen verfügt. Die Unternehmen selbst können am ehesten die Vorteilhaftigkeit von Zusammenschlüssen beurteilen. Das schließt – wie die Erfahrung lehrt – recht schmerzhaftes Strategiefehler großer Unternehmen selbstverständlich nicht aus. Aber dass es der Staat besser gemacht hätte, ist eine ziemlich kühne Behauptung.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2004